

Antrag 89/II/2025**SPD Frauen Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Vielfalt ist Stärke**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen
 2 Bundestags und die sozialdemokratischen Mitglieder
 3 der Bundesregierung werden dazu aufgefordert, sich
 4 dafür einzusetzen, dass sich künftig Unternehmen in
 5 Deutschland ab 100 Mitarbeiter:innen dazu verpflichten,
 6 DEI (engl. Diversity, Equity, Inclusion; de: Diversitäts-
 7 , Gleichberechtigungs- und Inklusions-)Programme
 8 umzusetzen. Die Programme müssen notwendige Be-
 9 dingung sein, um als Unternehmen an öffentlichen
 10 Ausschreibungen teilnehmen zu können. Darüber hinaus
 11 soll die Bundesregierung gemeinsam mit der Charta der
 12 Vielfalt e. V., der deutschlandweit größten Initiative für
 13 Vielfalt und Inklusion am Arbeitsplatz, weitere Anreize
 14 für Unternehmen ausarbeiten, sich aktiv um Antidiskri-
 15 minierung, Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion
 16 am Arbeitsplatz zu bemühen.

17

Begründung

19 Aufgrund des Drucks der US-Regierung unter Präsident
 20 Trump haben Unternehmen weltweit und darunter auch
 21 namhafte deutsche Unternehmen wie VW und die Deut-
 22 sche Telekom ihre Diversitätsprogramme in den USA deut-
 23 lich reduziert oder eingestellt. Die US-Regierung verlangt,
 24 dass Unternehmen weltweit, und nicht nur in den USA,
 25 ihre DEI-Programme einstellen (vergl.: Tagesspiegel: Die
 26 US-Regierung will Schweden zum Vertrag gegen Vielfalt
 27 drängen, 8.5.2025). So hat sich der Softwarekonzern SAP
 28 bereits innerhalb Deutschlands gänzlich von seinem Ziel
 29 einer Frauenquote innerhalb des Unternehmens verab-
 30 schiedet (Deutsche Welle: Diskriminierung - Beenden Un-
 31 ternehmen Diversity-Programme? 26.5.2025).

32

33 Die Förderung von Vielfalt, Gerechtigkeit und Inklusion ist
 34 durch das Erstarken von Rechtspopulisten weltweit be-
 35 droht. Umso aktiver muss die Bundesregierung die Un-
 36 ternehmen in die Pflicht nehmen, Antidiskriminierung,
 37 Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion am Arbeits-
 38 platz zu fördern. Der Wirtschaft wird durch eine rechtli-
 39 che Verpflichtung die Entscheidung abgenommen, ob sie
 40 DEI-Programme bspw. auf Druck des amerikanischen Prä-
 41 sidenten einstellen oder nicht bzw. ob grundsätzlich wel-
 42 che einführen.

Empfehlung der Antragskommission**Erledigt durch 88/II/2025 (Konsens)**